



junos

**DER WEG
ZU DEN BESTEN
HOCHSCHULEN
DER WELT**

STUDIARENDE.JUNOS.AT

Inhalt

ÖSTERREICHISCHE HOCHSCHULEN IM FREIEN FALL	4
HOCHSCHULFINANZIERUNG: UNSER 3-PUNKTE-PLAN.....	5
Punkt 1: Verstärkte Investition in Bildung	5
Punkt 2: Nachgelagerte Studiengebühren.....	5
Punkt 3: Steigerung der Drittmittel	6
FAIRE ZUGANGSBESCHRÄNKUNGEN	7
Qualität und faire Verteilung garantieren	7
Chancengerechtigkeit schaffen	7
Versteckte Zugangsbeschränkungen abschaffen.....	7
Studentische Mitbestimmung stärken.....	8
BEIHILFEN UND STIPENDIEN: EIGENSTÄNDIGKEIT UND LEISTUNG FÖRDERN	9
Beihilfensystem neu denken	9
Stipendien und Drittmittel ausbauen.....	10
VEREINBARKEIT VON ARBEIT UND STUDIUM	11
Teilzeitsemester einführen	11
Hochschulautonomie bewahren	11
MODERNES UND FLEXIBLES STUDIUM.....	13
Freiheit im Studium garantieren	13
Bachelorabschlüsse aufwerten	13
Digitalisierung aufholen.....	14
Lehrveranstaltungsangebote während der Ferien ausbauen.....	14
MODERNE ÖH: EIN NEUSTART	15
Ideologische Grabenkämpfe beenden.....	15
Vertretungsarbeit stärken.....	15
Zwangsmitgliedschaft abschaffen	16
Transparenz garantieren.....	16
ÖH evaluieren.....	16
Mitbestimmung stärken	17
Postenschacherei beenden.....	17
Verschwendung verhindern	17
ÖH digitalisieren.....	17
STUDENTISCHES LEBEN	19
Barrierefreiheit garantieren	19
Wohnen leistbar machen	19
Studentische Initiativen stärken.....	19
Bibliotheksöffnungszeiten verlängern.....	20
Studentische Mobilität erhöhen	20

Preiswerte und qualitative Menses garantieren.....	20
INTERNATIONALES.....	21
Mobilitätsprogramme forcieren.....	21
Europäischen Studierendenausweis einführen	21
Europaweite Datenbank aller Studiengänge errichten.....	21
Fremdsprachentests vereinheitlichen.....	22
Rot-Weiß-Rot-Karte reformieren	22
Bürokratie für Drittstaatenangehörige abbauen.....	22
Die besten Lehrkräfte an österreichische Schulen holen.....	23
Joint-Study-Programmes und Individualstudien ausbauen.....	23
VIELFALT IM HOCHSCHULSEKTOR	24
FACHHOCHSCHULEN.....	24
Fachhochschulen ausbauen	24
Festlegung von Mindeststandards für Ausbildungsverträge	25
Aufnahmeverfahren harmonisieren	25
Studienjahrwiederholungen.....	25
Einheitliches Evaluierungskonzept der Lehre zur Qualitätssicherung.....	25
Internationalität und Auslandssemester	25
Ausbau von Wahlfächern zur inhaltlichen Weiterbildung	26
Mehr Mitbestimmung im Kollegium	26
Durchlässigkeit zwischen Unis und FHs auf Masterebene	26
Schnellere Akkreditierung neuer Studiengänge	26
Ausbau der Kooperation im Bereich PhD-Programme	27
Transparenz in der Finanzierung	27
Autonomie in der Forschung	27
Effiziente Kompetenzverteilung zwischen FHs und Universitäten	28
PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN.....	29
PHs aufwerten	29
Lehramtsstudium mit Anspruch gestalten.....	29
Elementarpädagogik modernisieren.....	29
PRIVATUNIVERSITÄTEN.....	30
Transparenz in der Finanzierung gewährleisten.....	30
Privatunis in den zentralen Hochschulplan einbeziehen.....	30
Echte Privatuniversitäten schaffen	30

ÖH-WAHLPROGRAMM 2019:

DER WEG ZU DEN BESTEN HOCHSCHULEN DER WELT

Österreichs Hochschulen sind chronisch unterfinanziert. Die Folge dessen sind schlechte Betreuungsverhältnisse, zu wenige Labor- und Seminarplätze, veraltete Ausstattung und eine überforderte Verwaltung. Unser zentrales Ziel ist deshalb, die Hochschulen auszufinanzieren, um die Studienbedingungen in Österreich endlich ins 21. Jahrhundert zu holen. Hinter den notwendigen Reformen muss eine neue, starke und partizipative Interessenvertretung stehen. Derzeit steht die Österreichische Hochschüler_innenschaft nicht für Innovation und Qualität, sondern hält verzweifelt am alten System, der ÖH-Zwangsmitgliedschaft und ihrem vermeintlichen allgemeinpolitischen Mandat fest. Im Folgenden präsentieren wir unser Konzept für mehr Qualität im Studium, eine Aufwertung der Abschlüsse und eine Reform der Studierendenvertretung.

ÖSTERREICHISCHE HOCHSCHULEN IM FREIEN FALL

Wir JUNOS sehen Bildung als eines der höchsten Güter unserer Gesellschaft. Besonders in einem hoch entwickelten Innovationsland wie Österreich spielen Wissenschaft und Bildung eine zentrale Rolle. Dennoch fehlt es den Hochschulen an allen Ecken und Enden an Ressourcen, weshalb wir im internationalen Vergleich immer weiter an Boden verlieren. So schaffen wir es als eines der reichsten Länder weltweit nicht einmal, eine einzige österreichische Universität unter den Top 100 der Welt zu platzieren. 2018 stagnierten unsere Universitäten im internationalen Vergleich weiterhin auf niedrigem Niveau. Wenn wir uns dieser Problematik nicht unverzüglich annehmen, ist der **Wissenschaftsstandort Österreich gefährdet**. Um dieser katastrophalen Entwicklung entgegenzuwirken, braucht es eine erhebliche Verbesserung der Studienbedingungen und der Lehre sowie eine Stärkung des Forschungssektors. Österreichs Teilnahme an internationalen Forschungsprojekten (z.B. CERN, ESO oder ESA) darf sich keinesfalls verringern, sondern muss aktiv ausgebaut werden. Eine solche Zusammenarbeit ist nicht nur entscheidend für das internationale Ansehen der heimischen wissenschaftlichen Einrichtungen, sondern auch der einzige Weg, den österreichischen Studierenden den Zugang zu Spitzenforschung zu öffnen.

HOCHSCHULFINANZIERUNG: UNSER 3-PUNKTE-PLAN

Viele der im Regierungsprogramm 2017 – 2022 vorgesehenen Maßnahmen für den Hochschulsektor sind zu begrüßen, etwa die angedachte Entwicklung in Richtung einer kapazitätsorientierten Finanzierung der Hochschulen. Noch vor der Wahl 2017 beschloss der Nationalrat eine Erhöhung des Budgets für die Jahre 2019 bis 2021 um 1,35 Mrd. Euro auf 11,07 Mrd. Euro, an die sich Wissenschaftsminister Heinz Faßmann erfreulicherweise gebunden fühlt. Die konkreten Maßnahmen inklusive eines Zeitplanes zur Einrichtung einer „echten“ Studienplatzfinanzierung, wie sie im Regierungsprogramm¹ angekündigt wird, sind bisher jedoch ausgeblieben. Wenngleich die derzeitige Bundesregierung einige richtige Schritte andenkt, braucht es dennoch eine tiefgreifendere, innovativere und nachhaltigere Reform. Wir JUNOS schlagen deshalb einen **3-Punkte-Plan zur Ausfinanzierung** der österreichischen Hochschulen vor, um Studierenden endlich wieder eine qualitativ hochwertige und international angesehene Ausbildung zu ermöglichen.

Punkt 1: Verstärkte Investition in Bildung

Die finanzielle Grundlage der Hochschulen hat nach wie vor der Staat zu erbringen. Für die künftige Verteilung öffentlicher Gelder an Österreichs Hochschulen schlagen wir JUNOS eine echte **kapazitätsorientierte Studienplatzfinanzierung** vor, die sich an den wirklich anfallenden Kosten pro Studienplatz orientieren soll. Für jede Studienrichtung sollen die Bedürfnisse für eine qualitätsvolle Lehre exakt definiert werden, um eine optimale Betreuungsrelation von Lehrenden zu Studierenden sowie die notwendige technische und räumliche Ausstattung zu berechnen. Durch dieses Modell soll es Hochschulen in Zukunft wieder gelingen, ihren Studierenden eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu bieten, welche auch außerhalb Österreichs Anerkennung findet.

Punkt 2: Nachgelagerte Studiengebühren

Das derzeitige österreichische Modell des gebührenfreien Hochschulsystems ist in Wirklichkeit eine Umverteilung von unten nach oben und kommt tendenziell Personen aus gut bemittelten Familien zugute. Da Hochschulabsolvent_innen aufgrund ihrer Ausbildung am Arbeitsmarkt in der Regel bessergestellt sind, verdienen sie im Laufe ihrer Karriere meist mehr als Personen mit geringerem Ausbildungsgrad. Gleichzeitig bedeutet die Übernahme der Studienkosten durch den Staat, also durch die Steuerzahler_innen, eine unverhältnismäßig starke Belastung jener Personen, die keine staatlich finanzierte tertiäre Ausbildung genossen haben und früher in die Erwerbstätigkeit und somit in die Steuerbelastung eintreten. Menschen, die keine staatlich finanzierte Hochschulbildung in Anspruch genommen haben, müssen also für die Studienkosten der Akademiker_innen aufkommen, obwohl sie in der Regel wesentlich weniger verdienen. Wegen dieses Vorteils aufseiten der Akademiker_innen ist es nur gerecht, dass sie **einen angemessenen Beitrag für ihre Ausbildung leisten**.

Um der ungerechten Umverteilung entgegenzuwirken, soll es Hochschulen in Zukunft freistehen, autonom **Studiengebühren bis zu einem Maximalbetrag von 500€ pro Semester** einzuheben, die direkt an die Hochschule gehen und nicht in das allgemeine Bundesbudget des Staates. Die Betragshöhe ist unabhängig von der Nationalität der Studierenden. Die Einführung von Studiengebühren muss jedoch mit der Ausfinanzierung der Hochschulen gekoppelt sein und darf keinesfalls zu einer Reduktion der staatlichen Mittel führen. Die Möglichkeit, keine Studiengebühren einzufordern, steht jeder Hochschule auch weiterhin offen.

¹ Zusammen. Für unser Österreich. Regierungsprogramm 2017-2022, 70. Online unter: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/documents/131008/569203/Regierungsprogramm_2017%E2%80%932022.pdf/b2fe3f65-5a04-47b6-913d-2fe512ff4ce6

Da wir der Meinung sind, dass es jeder/m freistehen sollte, ein Studium zu absolvieren, auch wenn dafür nicht die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, soll Studierenden bis zu ihrem 40. Lebensjahr vom Staat der Bezug eines **bedingungslosen, zinsfreien, jedoch inflationsangepassten Bildungsdarlehens in der Höhe der Studiengebühren** möglich sein. Dieses ist unabhängig von der Einkommenssituation der Eltern und wird direkt an die Hochschule ausbezahlt. Die Rückzahlung dieses Bildungsdarlehens setzt erst ein, wenn das monatliche Nettoeinkommen den Freibetrag von 1.200€ überschreitet. Dabei erfolgt die Rückzahlung in zinsfreien Raten in Höhe von 8% des Anteils am Nettoeinkommen, das den Freibetrag überschreitet. Die Rückzahlung erfolgt dabei über das Finanzministerium und dauert bis zur vollständigen Tilgung des Darlehens, jedoch nicht länger als 30 Jahre. Nach 30 Jahren setzt eine staatliche Ausfallhaftung ein und das Darlehen ist restlos getilgt. Ein Beispiel zur Veranschaulichung: Verdient jemand nach Abschluss seines Studiums 1.300€ netto, so ist der Freibetrag um 100€ überschritten. Von diesen 100€ sind dann 8% als Rückzahlung zu berechnen. Bis das Darlehen vollständig getilgt ist, zieht das Finanzministerium monatlich 8€ ab. Dieser Betrag steigt und sinkt proportional zum Einkommen.

Für den Fall, dass Studierende nach dem Studium abwandern oder ihren Lebensmittelpunkt ins Ausland verlegen, wandelt sich das staatliche Darlehen in ein herkömmliches, verzinstes Annuitätendarlehen um, es sind also regelmäßig Raten der gleichen Höhe zu zahlen, bis die Kreditschuld getilgt ist. Dieses Bildungsdarlehen steht auch Studierenden aus EU-Staaten und Drittstaaten zur Verfügung.

Zusätzlich soll Teilzeitstudierenden, die aufgrund der zeitlichen Belastung nur eine begrenzte Anzahl an ECTS im Semester erreichen, durch ein **flexibles Finanzierungsmodell in Form von Teilzeitsemestern** kein finanzieller Nachteil entstehen. Die genaue Ausgestaltung unseres Konzepts für berufstätige Studierende ist im Kapitel „Vereinbarkeit von Arbeit und Studium“ nachzulesen.

Um sicherzustellen, dass Studiengebühren nicht einfach im Budget der Hochschulen verschwinden, sondern garantiert der Ausbildung der Studierenden zugutekommen, sollen Studierende **selbst über die Verwendung entscheiden**. Hierfür wird am Ende jedes Semesters eine Umfrage unter allen Studierenden zur Verwendung der Beiträge durchgeführt. Jede im Senat/Kollegium vertretene Kurie hat dabei das Recht Widmungsoptionen vorzuschlagen. Das Ergebnis dieser Abstimmung ist für die Hochschulen bindend. Damit Studierende auch nachvollziehen können, ob ihre Beiträge in ihrem Ermessen verwendet wurden, soll die genaue Verwendung der Beiträge für das Semester davor gleichzeitig mit der Abstimmung digital für jede/n einsehbar sein.

Punkt 3: Steigerung der Drittmittel

Gut ausgebildete Absolvent_innen sind im derzeitigen globalen Wettbewerb stark gefragt, daher sind Unternehmen und Private stets an der Förderung von Bildung interessiert. Im OECD-Durchschnitt stammen 31% der Ausgaben für den Tertiärbereich aus privaten Quellen, in Österreich liegt deren Anteil bei nur 6%. Um den Anteil privater Mittel zu erhöhen, ist die Bundesregierung dazu angehalten bürokratische Hürden bei der Gründung von gemeinnützigen Stiftungen abzubauen und verbesserte steuerliche Rahmenbedingungen für die Spendenabsetzbarkeit und die Gemeinnützigkeit zu schaffen, um so **Investitionen in den Wissenschafts- und Forschungsbereich zu vereinfachen**. Ein erster – wenn auch unzureichender – Versuch diesbezüglich wurde mit dem neuen gemeinnützigen Stiftungsgesetz 2015 unternommen. Es ist jedoch weiterhin ein langer Weg, bis man die Spendenkultur und das Spendenniveau anderer Staaten erreichen wird. Hochschulen selbst sollten zudem einen stärkeren Fokus auf eine aktive Alumni-Gemeinschaft legen. Nicht nur sind erfolgreiche Absolvent_innen potentielle zukünftige Förderer_innen ihrer Alma Mater, auch die aktuellen Studierenden können von der Vernetzung profitieren.

FAIRE ZUGANGSBESCHRÄNKUNGEN

Das Regierungsprogramm 2017–2022 sieht ein neues „Zugangsregelungsmanagement“ für Universitäten vor. Die Universität Wien machte im Oktober 2018 den ersten Schritt mit der Ankündigung von Zugangsbeschränkungen in mehreren Studiengängen, unter anderem Chemie, Rechtswissenschaften, Soziologie und Politikwissenschaft. Wir JUNOS begrüßen diese Entwicklung grundsätzlich, fordern aber eine faire Gestaltung der Zugangsbeschränkungen unter starker Einbindung der Studierenden und im Sinne der Hochschulautonomie.

Qualität und faire Verteilung garantieren

Österreichs Hochschulen steht jährlich nur ein unzureichendes Budget zur Verfügung. Ein uneingeschränkter Hochschulzugang bedeutet daher, dass in vielen Studiengängen mehr Studienanfänger_innen zugelassen werden müssen, als Plätze zur Verfügung stehen. Das hat zwei negative Konsequenzen: Einerseits kommt es zu versteckten Zugangsbeschränkungen, etwa in Form der StEOP oder späteren Knockout-Prüfungen, andererseits sinkt die Qualität der Lehre aufgrund der Überlastung und der schlechteren Betreuungsverhältnisse. Deshalb sehen wir **Zugangsbeschränkungen als ein notwendiges Mittel, um eine hochwertige Ausbildung für alle Studierenden zu ermöglichen**. Die Entscheidung, ob Aufnahmeverfahren eingeführt werden, soll dabei den einzelnen Hochschulen obliegen. Die konkrete Ausgestaltung kann von Eignungstests bis hin zu Bewerbungsgesprächen reichen. Ziel der Aufnahmeverfahren ist, die begrenzte Anzahl von Studienplätzen möglichst fair zu verteilen.

Chancengerechtigkeit schaffen

Umfangreiche Aufnahmeprüfungen mit geringen Erfolgsquoten haben einen großen Markt an privaten Vorbereitungskursen geschaffen. Wenngleich wir den Betrieb dieser Kurse an sich nicht negativ bewerten, sehen wir es primär in der Verantwortung der Hochschulen, ihren Bewerber_innen ausreichend Informationen und Materialien zur Verfügung zu stellen, damit diese **Aufnahmetests ohne die Absolvierung eines teuren, privat finanzierten Kurses bestehen können**. Neben der rechtzeitigen Bekanntgabe von prüfungsrelevanten Lehrbüchern und Skripten können Online-Materialien (z.B. Videoaufzeichnungen von Vorbereitungsvorlesungen) kostengünstig bereitgestellt werden.

Die Kosten für die Aufnahmetests sollen nicht auf die Bewerber_innen zurückfallen. Wir JUNOS sehen es als die Aufgabe der Hochschule, für die Aufnahmeverfahren aufzukommen. Sollte im Rahmen der Hochschulautonomie jedoch beschlossen werden, Kautionen einzuheben, so muss der Betrag bei Teilnahme an der Aufnahmeprüfung vollständig zurückerstattet und nicht in Form von Naturalien rückvergütet werden.

Versteckte Zugangsbeschränkungen abschaffen

Die im Wintersemester 2011/12 für alle Studiengänge, die bis zu diesem Zeitpunkt keine Zugangsbeschränkungen hatten, eingeführte Studieneingangs- und Orientierungsphase (StEOP) darf gemäß Universitätsgesetz nicht als Zugangsbeschränkung verwendet werden. Dies ist heute jedoch in vielen Studiengängen eindeutig der Fall. Wir JUNOS sehen versteckte Zugangsbeschränkungen sowie die gesetzlich verpflichtende Eingangs- und Orientierungsphase (StEOP) als **Verschwendung von kostbarer Lebenszeit junger Menschen**. Studierende sind mündige, eigenverantwortliche Menschen, die ihre Studienwahl eigenständig treffen können und sollen. Faire und transparente Zugangsbeschränkungen haben außerdem einen förderlichen Einfluss auf die individuelle Reflexion vor der Studienwahl: Durch ein Aufnahmeverfahren setzen sich die Studienanwärter_innen intensiver mit ihren eigenen Wünschen auseinander, was zu geringeren Dropout-Raten führt.

Hinsichtlich der Unterstützung des Entscheidungsfindungsprozesses vor der Studienwahl sehen wir JUNOS besonders die Schulen in der Pflicht. Sie sollen ihren Schüler_innen in Zukunft mehr Angebote bereitstellen, damit diese einen Überblick über Hochschulen, Studiengänge sowie andere Bildungs- und Ausbildungswege erhalten. Zu diesem Zweck müssen außerdem die staatlichen Mittel für **Studien- und Maturant_innenberatung** substantiell erhöht werden. Jede zusätzliche Investition in diesem Bereich spart anfallende Mehrkosten im späteren Bildungsweg.

Studentische Mitbestimmung stärken

Aufnahmeverfahren werden derzeit ausschließlich vom Rektorat beschlossen, deshalb fordern wir die **vermehrte Einbindung von Studierenden**. Basierend auf ihren eigenen Erfahrungen und in Zusammenarbeit mit den Lehrenden können Studierende dazu beitragen, die relevanten Kriterien zu identifizieren, die ein_e Studienanfänger_in mitbringen sollte. Die Ausgestaltung der Aufnahmeverfahren soll demzufolge in Zukunft durch eine Kommission beschlossen werden, welche **zu mindestens 50% aus Studierenden**, sowie aus Lehrenden und nicht stimmberechtigten Experten besteht. Wir JUNOS regen an, dabei nicht auf punktuelle Einzeltestergebnisse oder einen Numerus Clausus zu setzen, sondern Studierende aufgrund unterschiedlicher studienrelevanter Kriterien zu reihen. Im Anschluss an das Aufnahmeverfahren soll jährlich eine Evaluierung durch jene Studierende, die das Verfahren durchlaufen haben, sowie der zuständigen Kommission erfolgen. Zusätzlich sollen alle Teilnehmer_innen eines Aufnahmeverfahrens das Recht bekommen, in ihre Beurteilungsunterlagen und Prüfungsprotokolle Einsicht zu nehmen.

BEIHILFEN UND STIPENDIEN: EIGENSTÄNDIGKEIT UND LEISTUNG FÖRDERN

Der Zugang zu und der Abschluss eines Hochschulstudiums scheitern oft an zu hohen Lebenserhaltungskosten während der Studienzeit. Deshalb müssen jenen Studierenden, die ihren Lebensunterhalt nicht selbstständig finanzieren können, die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden. Das derzeitige österreichische Beihilfen- und Stipendiensystem ist ineffektiv, unübersichtlich und garantiert nicht, dass die zur Verfügung stehenden Mittel an jene Studierenden verteilt werden, die die Unterstützung am dringendsten benötigen.

Wir JUNOS schlagen in Kombination mit unserem **Modell der nachgelagerten Studiengebühren ein neues System für Beihilfen und Stipendien** an Österreichs Hochschulen vor. Unsere Vision zielt darauf ab, Studierende so effektiv wie möglich zu unterstützen, ihnen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu garantieren und, neben der notwendigen Förderung im Falle von Bedürftigkeit, auch Leistung gebührend zu belohnen.

Beihilfensystem neu denken

Wir JUNOS sind der festen Überzeugung, dass die Aufnahme und das Betreiben eines Hochschulstudiums nicht an finanziellen Gründen scheitern darf. Der Erfolg im Studium soll von der persönlichen Leistung abhängen, nicht vom Haushaltseinkommen der Eltern. Studierenden, denen keine ausreichenden finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, muss der Bezug einer staatlichen Unterstützung zum Erhalt der Lebenserhaltungskosten möglich sein.

Wir fordern daher ein Modell zur finanziellen Unterstützung von bedürftigen Studierenden, das aus zwei Teilen besteht: Zum einen aus einem **Beihilfenteil, der alle Beihilfenzahlungen, wie etwa die derzeitige Studienbeihilfe, Wohnbeihilfe und Familienbeihilfe für Volljährige, zusammenführt**, zum anderen aus einem **optionalen zinsfreien, jedoch inflationsangepassten Staatsdarlehen**.

Die maximale Förderungshöhe (Beihilfenanteil plus Darlehensanteil) soll dabei bei 837,76€, der Höhe der österreichischen Mindestsicherung, liegen. Je nach Bedürftigkeit kann der Anteil der direkten Beihilfe und des Darlehens variieren. Wird die Darlehensoption gewählt, **soll der Darlehensteil im Regelfall den Beihilfenteil verdoppeln. In Härtefällen soll der Maximalbetrag, also 837,76€, als Beihilfe ausgezahlt werden**. Die Beträge und Bezugsvoraussetzungen sollen automatisch an die Inflationsrate angepasst werden.

Gleichzeitig soll sich das Gesamtbudget der zu verteilenden Beihilfen erhöhen und die Qualifikationskriterien für Bedürftigkeit gelockert werden. Das bedeutet, dass mehr Studierende Anrecht auf Studienbeihilfe haben und die Verteilung flexibler an die individuelle Situation angepasst werden kann. Durch die Harmonisierung wird den Studierenden außerdem bürokratischer Aufwand erspart und sie erlangen mehr Unabhängigkeit, indem die Beantragung der Förderung nicht von der Zustimmung der Eltern abhängt.

Die Anspruchsdauer entspricht der Mindeststudienzeit plus zwei Toleranzsemester. Darüber hinaus sollen bestehende Regelungen für das Masterstudium entfallen, die den Anspruch auf Beihilfen nach Überschreitung der Mindeststudienzeit im Bachelorstudium ausschließen und maximal zwei Jahre Pause zwischen Bachelor- und Masterstudium erlauben. Die Regelungen hinsichtlich Anspruchsalter entsprechen jenen der bisherigen Studienbeihilfe inklusive Sonderregelungen, etwa für Selbsterhalter_innen.

Um sicherzustellen, dass die Modalitäten des Beihilfensystems Leistung nicht bestrafen, muss der Zuverdienst von berufstätigen Studierenden mit dem Bezug der Zuschüsse vereinbar sein. In diesem Sinne ist ein jährlicher Zuverdienstfreibetrag von 11.000 € festzulegen, dessen Höhe jährlich an die Inflationsrate angepasst wird. Um Studierende weiter zu entlasten, fordern wir außerdem die Möglichkeit der **Mitversicherung für Studierende über 27**, wenn diese eine Förderung erhalten.

Unterhalt vorschießen

Studierenden, die ihren gesetzlich zustehenden Unterhalt nicht erhalten und ihn einklagen müssen, soll dies erleichtert werden, ohne dass zahlungsunwillige Eltern von ihrer Unterhaltspflicht entlastet werden. Bis zum Urteil sollen Studierende daher die von der Studienbeihilfenbehörde berechnete **Unterhaltsleistung der Eltern von der Förderstelle ausbezahlt** bekommen. Nach dem Urteil hat eine Rückzahlung zu erfolgen. Als Vorbild für dieses Modell dient das Unterhaltsvorschussgesetz für Minderjährige.

Stipendien und Drittmittel ausbauen

Neben einer Reform der staatlichen Beihilfen besteht auch der Bedarf nach einem Ausbau des Stipendiensektors. Aufgrund der starken Nachfrage nach hochqualifizierten Absolvent_innen sind Unternehmen und Private stets an der Förderung von Bildung interessiert. Wir JUNOS sehen die Hochschulen deswegen in der Pflicht aktiv auf diese zuzugehen, **Drittmittel zu akquirieren** und Studierenden vermehrt den Bezug von **Leistungsstipendien** zu ermöglichen. Das Fördern von Leistung ist die Pflicht der Hochschulen in ihrer Funktion als Garant für die Tauglichkeit der Studierenden für ihre letztlich erworbenen Abschlüsse. Leistung befähigt und ermächtigt Studierende und soll daher **nicht als Druck, sondern als Chance** gesehen werden.

Während im OECD-Durchschnitt 31% der Ausgaben für tertiäre Bildungseinrichtungen aus privaten Quellen stammen, sind es in Österreich nur 6%.² Um den **Anteil privater Mittel zu steigern**, ist die Bundesregierung dazu angehalten, bürokratische Hürden bei der Gründung von gemeinnützigen Stiftungen abzubauen und verbesserte steuerliche Rahmenbedingungen für die Spendenabsetzbarkeit und die Gemeinnützigkeit zu schaffen.

Wir JUNOS sehen das **Angebot von Bildungskrediten durch Private** sehr positiv. Initiativen wie etwa der „Fund of Excellence“ investieren in die Ausbildung junger Menschen, tragen Lebenserhaltungs- und Studienkosten, um nach Abschluss der Ausbildung am Einkommen der Kreditnehmer_innen beteiligt zu werden. Die ÖH solle sich dafür einsetzen, dass entsprechende Angebote ausgebaut und an die Studierenden kommuniziert werden. Als Interessenvertretung der Studierenden ist die Ausverhandlung ähnlicher Initiativen außerdem eine wichtige Aufgabe der ÖH.

² OECD, Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren. „Die in Bildung investierten Finanzressourcen“, 2018: 358.

VEREINBARKEIT VON ARBEIT UND STUDIUM

Laut der Studierenden-Sozialerhebung des Instituts für Höhere Studien (IHS) waren im Jahr 2015 61% der Studierenden erwerbstätig, und dies bei einem durchschnittlichen Erwerbsausmaß von 19,9 Stunden pro Woche.³ Einerseits ist Erwerbstätigkeit neben dem Studium oft notwendig, um die eigenen oder familiäre Lebenserhaltungskosten zu decken. Andererseits ist Arbeit neben dem Studium mit finanzieller Unabhängigkeit von Eltern oder anderen versorgenden Personen verbunden, ermöglicht Berufserfahrung und stellt somit einen wichtigen Aspekt der Entwicklung zu Eigenständigkeit und Selbstverantwortung dar.

Es ist nicht mehr zeitgemäß, Hochschulen rein für Vollzeitstudierende zu konzipieren. Stattdessen sind alle Hochschulen gefragt, die Lebensrealität ihrer Studierenden anzuerkennen und die bestmögliche Vereinbarkeit von Studium und Beruf zu gewährleisten. Erfolgreiche Vereinbarkeitsmodelle von Arbeit und Studium müssen drei Kriterien erfüllen: Flexibilität, Umsetzbarkeit und Verständlichkeit. Im Folgenden stellen wir unser Konzept für Vereinbarkeit von Arbeit und Studium vor:

Teilzeitsemester einführen

Derzeitige Modelle von Teilzeitstudien, wie etwa berufsbegleitende Fachhochschulstudien, bieten leider nicht ausreichend Flexibilität, um für alle Studierenden praktikabel zu sein. Deshalb schlagen wir JUNOS die Einführung von Teilzeitsemestern vor. Jede/r Studierende soll die Möglichkeit haben, zu Beginn des Semesters den Status eines Teilzeitsemesters anzumelden. Die **Entscheidungsfreiheit von Semester zu Semester** bietet maximale Flexibilität.

Der Teilzeitstatus gilt, sofern im Laufe des Semesters maximal 16 ECTS-Punkte an Leistung absolviert werden. Bei Berechnung von Studiengebühren, Toleranzsemestern sowie Studien- und Familienbeihilfe wird ein Teilzeitsemester also **als ein halbes Semester gewertet**. Somit fallen für berufstätige Studierende keine überproportionalen Kosten durch nachgelagerte Studiengebühren an: Teilzeitstudierende zahlen die Hälfte der regulären Studiengebühren.

Die Überprüfung der absolvierten ECTS-Anzahl soll über das LV-Anmeldesystem der Hochschule erfolgen. Wenn sich Teilzeitstudierende für Lehrveranstaltungen im Ausmaß von mehr als 16 ECTS anmelden, werden sie vom System auf die Überschreitung des Limits hingewiesen, können jedoch mit der Anmeldung fortfahren, wenn sie das wollen. Bei Überschreitung wandelt sich der Status des Teilzeitsemesters in ein Vollzeitsemester um. Vollzeitsemester können nach Beginn des Semesters nicht mehr in Teilzeitsemester umgewandelt werden.

Da der Status eines Teilzeitsemesters zu einer Halbierung der Kosten sowie Ansprüchen führt, bedarf es bei Beantragung keines Nachweises einer Berufstätigkeit. Dies hat zum Vorteil, dass das Modell auch im Fall anderer studienfortschrittseinschränkenden Veränderungen der Lebensumstände, beispielsweise Krankheit oder Pflegepflichten, anwendbar ist.

Hochschulautonomie bewahren

Die Einführung und konkrete Umsetzung des Modells soll den Hochschulen freigestellt sein, da unterschiedliche Rahmenbedingungen unterschiedlicher Maßnahmen bedürfen. So kann etwa die Höhe der maximal zu absolvierenden ECTS-Punkte pro Teilzeitsemester variieren, sollten Studiengänge einzelne Lehrveranstaltungen im Ausmaß von mehr als 16 ECTS anbieten. Im Falle von stark praxisbezogenen Studien, wie etwa an Fachhochschulen, kann ein flexibles Teilzeitsemestermodell auch nicht sinnvoll umsetzbar sein. Wo es jedoch möglich ist, sehen wir JUNOS

³ IHS, Studierenden-Sozialerhebung 2015, Band 2. Erwerbstätigkeit, 126.

es als Aufgabe der Hochschulen, den Studierenden die größtmögliche Flexibilität bei der Vereinbarung von Studium und Erwerbstätigkeit in Form von Teilzeitsemestern zu gewährleisten.

MODERNES UND FLEXIBLES STUDIUM

Mit dem Ziel, einen einheitlichen europäischen Hochschulraum zu kreieren und dabei Studiengänge und Abschlüsse zu harmonisieren sowie die internationale Mobilität Studierender zu erhöhen, kam es 1999 zum Bologna-Prozess. Dabei wurden die bisherigen Diplomstudiengänge schrittweise durch Bachelor- und Masterstudien ersetzt, sowie das *European Credit Transfer System* (ECTS) eingeführt. In Zeiten zunehmender Globalisierung erachten wir diesen Schritt in Richtung höherer Flexibilität und Mobilität grundsätzlich als wichtig. Dennoch weist das österreichische System etliche Defizite auf – um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können und somit zu hochwertigen Bildungsstätten der Zukunft zu werden, ist an den österreichischen Hochschulen noch einiges zu tun.

Eine ähnliche Diagnose ist hinsichtlich Digitalisierung zu stellen. Wenngleich manche Hochschulen die Vorteile durch digitale Innovationen bereits für eine Verbesserung der Studienbedingungen nutzen, ist dies keineswegs österreichweit der Fall. Wir JUNOS fordern deshalb, alle österreichischen Hochschulen ins 21. Jahrhundert zu holen und den Studierenden die bestmöglichen Ressourcen zu bieten.

Im Folgenden präsentieren wir unsere Ideen für ein modernes und flexibles Studieren in Österreich:

Freiheit im Studium garantieren

Die Bologna-Reform wurde von vielen Hochschulen dazu verwendet, Curricula mit zusätzlichen Pflichtlehrveranstaltungen zu füllen. Dies führte zu einer starken **Verschulung von Studiengängen**, da eine Verminderung der durch Studierenden frei wählbaren Lehrveranstaltungen zu Gunsten von Pflichtfächern stattfand. Wir JUNOS plädieren für die Wichtigkeit von frei wählbaren Lehrveranstaltungen, denn eine moderne Hochschulbildung muss selbstbestimmt sein. Eine Flexibilisierung und Erhöhung der Wahlfreiheit vereinfacht außerdem den Erwerb sowohl von interdisziplinären als auch sozialen Kompetenzen und bietet die Möglichkeit, sich zu spezialisieren und individuellen Interessen und Talenten nachzugehen. Wir JUNOS empfehlen daher, in allen Curricula einen Anteil von **5% der gesamten ECTS-Punkteanzahl aus Freifächern**, also vollkommen frei wählbaren Lehrveranstaltungen, und **15% aus fachlich gebundenen Wahlfächern** vorzusehen.

Eine weitere Folge der Bologna-Verschulung war der Ausbau von Lehrveranstaltungen mit **Anwesenheitspflicht**. Wir sehen diese Entwicklung kritisch, da die Selbstbestimmtheit der Studierenden deshalb oft ohne triftigen Grund eingeschränkt wird. Hochschulen müssen Studierende als eigenständige Erwachsene behandeln. Deshalb sollte Anwesenheit nur verpflichtend sein, wenn diese einen nennenswerten Teil der Beurteilung darstellt oder aufgrund von praxisnahen Formaten notwendig ist. So erachten wir etwa eine Anwesenheitspflicht bei Laborübungen oder interaktiven Seminaren als sinnvoll, jedoch nicht bei Lehrveranstaltungen, deren einzige Bewertungsgrundlage ein Test am Semesterende ist.

Bachelorabschlüsse aufwerten

Bachelorabsolvent_innen, die sich nicht für ein weiterführendes Masterstudium entschließen, finden oft nur Jobs unter ihren Qualifikationen, da in den meisten universitären Bachelorstudien bloß Grundwissen vermittelt wird. Der Praxisbezug fehlt oft. Wir JUNOS sind der Meinung, dass Absolvent_innen einer dreijährigen Ausbildung die Chance haben sollten, sich mehr als bloß theoretische Grundlagen ihres Faches anzueignen. Daher fordern wir mehr Möglichkeiten, im Rahmen des Studiums **Praxiserfahrungen** zu sammeln. Dies kann beispielsweise in Form von Projektkursen in Kooperation mit Unternehmen oder durch eine leichtere Anrechenbarkeit von Praktika in Form von ECTS erfolgen.

Studienwechsel und Anrechenbarkeit vereinfachen

Trotz der Harmonisierungsbemühungen im Rahmen von Bologna erweist sich die Anrechenbarkeit von Lehrveranstaltungen nach wie vor als schwierig – dies gilt insbesondere für Hochschulwechsel während eines Studiums und das Inskribieren in einen aufbauenden Studiengang. Der Wechsel zwischen Hochschulen und Studiengängen soll in Zukunft **vereinfacht und ohne bürokratischen Aufwand** möglich werden. Zu diesem Zweck soll ein bundesweites Online-Register erstellt werden, welches einzelne Studiengänge und Lehrveranstaltungen miteinander vergleicht und die Anrechenbarkeit untereinander übersichtlich darstellt.

Digitalisierung aufholen

Im Gegensatz zum angloamerikanischen Raum setzen Österreichs Hochschulen nur bedingt auf moderne Technik bei der Wissensvermittlung. Das Aufholen dieser Entwicklung ist jedoch dringend notwendig. Durch die Verwendung von modernen E-Learning-Plattformen, Livestream-Übertragungen sowie Online-Aufzeichnungen könnte allen österreichischen Studierenden **ein räumlich und zeitlich flexibles sowie ein eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Lernen** ermöglicht werden. Massenvorlesungen, bei denen es ohnehin nur selten zu persönlichem Kontakt zwischen Lehrenden und Studierenden kommt, sollen in Zukunft verstärkt online abgehalten werden. Die dadurch freigewordenen Ressourcen können dann in kleinere und spezialisiertere Lehrveranstaltungen investiert werden, bei denen es zu einem direkten und aktiven Austausch zwischen den Teilnehmer_innen kommt.

Massive Open Online Courses (MOOCs) bieten eine weitere Möglichkeit, zeitlich und ortsunabhängig Wissen zu vermitteln. Diese Online-Kurse werden bereits heute von vielen Top-Universitäten genutzt, um ihr **Wissen kostengünstig und für jeden frei zugänglich** zu machen. Außerdem bedeuten sie eine substantielle Entlastung für berufstätige Studierende. Wir JUNOS sind daher der Meinung, dass auch Österreichs Hochschulen sich aktiver bei der Einrichtung von MOOCs beteiligen sowie deren Anrechenbarkeit ermöglichen sollten.

Die Beurteilung des möglichen Umfangs einer Anrechnung von MOOCs für konkrete Studienrichtungen liegt in der Verantwortung der jeweiligen Hochschule. Jedoch sollte die Europäische Kommission eine Austauschplattform für Hochschulen samt eines exemplarischen **Anrechenbarkeitskriterienkatalogs** anbieten, auf den Hochschulen zurückgreifen können, sollten sie diesen einer individuellen Variante vorziehen. Die Kriterien sollen öffentlich einsehbar, transparent und im Sinne der Studierenden gestaltet sein. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen zunächst kleinere Pilotprojekte innerhalb Österreichs durchgeführt werden. Zur unmittelbaren Umsetzung bieten sich auch Pilotprojekte zwischen österreichischen Hochschulen und ihren Partnerhochschulen im Ausland an, deren Lehrveranstaltungen und Prüfungen bereits jetzt angerechnet werden können.

Lehrveranstaltungsangebote während der Ferien ausbauen

Lehrveranstaltungen während der Ferienmonate sind stark nachgefragt, da sie Studierenden mehr **Flexibilität und einen schnelleren Studienabschluss** ermöglichen. Außerdem kann dadurch eine Entlastung der stark nachgefragten regulären LV-Angebote im Winter- und Sommersemester erreicht werden. Programme wie Sommer-, Winter- und Oster-Uni sollen deshalb an möglichst vielen Standorten angeboten werden.

MODERNE ÖH: EIN NEUSTART

Die Österreichische Hochschüler_innenschaft ist die gesetzliche Vertretung der Studierenden in Österreich. Die Mitgliedschaft in der ÖH ist eine Zwangsmitgliedschaft, daher sind alle Studierenden Österreichs automatisch Teil der ÖH und haben einen Mitgliedsbeitrag von 19,70€ pro Semester zu bezahlen. Dieser Betrag setzt sich aus dem Studierendenbeitrag von 19,00€ und dem Sonderbeitrag für die Versicherung von 0,70€ zusammen. Dadurch steht der ÖH ein jährliches Budget von über 13 Millionen Euro zur Verfügung. In etwa 85% dieses Geldes gehen an die lokalen Hochschüler_innenschaften der jeweiligen Hochschulen, die restlichen 15% an die ÖH-Bundesvertretung.

Kernaufgabe der ÖH ist die Vertretung der Studierenden gegenüber dem Gesetzgeber, den Hochschulen und anderen Stakeholdern sowie der Service für ihre Mitglieder. Seit der Gründung der ÖH 1946 ist **die Wahlbeteiligung bei ÖH-Wahlen von 77% auf 24,48% im Jahr 2017 gesunken**. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die ÖH ihre Kernaufgaben seit Jahren vernachlässigt und die Studierenden sich daher nicht mehr von ihr vertreten fühlen.

Wir JUNOS wollen diese langjährige und falsche Entwicklung der ÖH durch einen Neustart von innen heraus beenden. Das sind unsere Forderungen:

Ideologische Grabenkämpfe beenden

Die ÖH vertritt längst nicht mehr die Interessen der Studierenden. Gefangen zwischen links-ideologischen Utopien und ideenloser Servicepolitik, ist das Sprachrohr der Studierenden in Österreich beschämend leise. Entfernt von den echten Anliegen der Studierenden und ohne sinnvolle, konstruktive Reformkonzepte für den Hochschulsektor gelingt es der ÖH seit Jahren nicht, ihre Mitglieder effektiv zu vertreten und Verbesserungen zu erzielen. Seit dem Regierungswechsel 2017 sieht die linke ÖH-Exekutive ihre Hauptaufgabe in der Opposition gegenüber der türkis-blauen Bundesregierung, wodurch ein konstruktiver, lösungsorientierter Dialog mit dem Wissenschaftsministerium unmöglich wird.

Das wollen wir JUNOS ändern! Wir stellen die Studierenden in den Mittelpunkt unserer Politik. Unser Anliegen ist es, das gesetzliche Mandat der ÖH ausschließlich zur Vertretung der studienbezogenen Interessen der Studierenden in Österreich zu nutzen. Das umfasst die Hochschulen ebenso wie Fragen der staatlichen Beihilfen oder Wohn- und Mobilitätsangelegenheiten von Studierenden - das Schmieden globaler Revolutionspläne überlassen wir anderen. Wir wehren uns dagegen, dass das Mandat der ÖH für gesamtgesellschaftliche Bestrebungen, die nichts mit Hochschulpolitik zu tun haben, missbraucht wird. **Dein ÖH-Beitrag soll allein in die Qualität deines Studiums fließen**. Die unrechtmäßige Auslegung des „allgemeinpolitischen Mandats“ muss durch einen eindeutigen Gesetzestext verhindert werden.

Vertretungsarbeit stärken

Wir JUNOS sehen die Kernaufgabe der ÖH in ihrer Vertretungsarbeit. Eine Aufgabe, die in den letzten Jahren, auch durch den Gesetzgeber, mit Hilfe von Änderungen im Hochschüler_innenschaftsgesetz mehr und mehr eingeschränkt wurde. Aus diesem Grund fordern wir eine **Aufwertung der Studierendenkurien** in den Organen der Hochschulen wie dem Senat/Kollegium und allen Unterkommissionen. Dabei soll der Kurie der Studierenden in Zukunft wieder ein Drittel der Stimmen zustehen.

Zwangsmitgliedschaft abschaffen

Wir JUNOS sind der Meinung, dass eine starke Interessenvertretung keinen Zwang benötigt, da sie durch ihre Leistung überzeugt. Studierende, die Service und Vorteile der ÖH nutzen und schätzen, werden auch auf freiwilliger Basis Mitglieder bleiben. Durch die **freiwillige Mitgliedschaft** ist die ÖH zudem gezwungen, ideologisch unabhängige Arbeit für alle ihre Mitglieder zu leisten und nicht mehr allgemeine Politik für eine kleine Minderheit zu betreiben. Dies würde ihren Rückhalt in der Studierendenschaft stärken und ihr somit mehr politisches Gewicht in Verhandlungen mit den verschiedenen öffentlichen Institutionen und Stakeholdern verschaffen.

Aus diesem Grund fordern wir die schrittweise **Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft**. Als ersten Schritt in diese Richtung wollen wir allen Studierenden nach dem ersten Semester ihres Studiums die Möglichkeit geben, die Mitgliedschaft in der ÖH abzulegen. Studierende können so die Vorteile der ÖH ein Semester lang aktiv kennenlernen, danach aber frei entscheiden, ob sie den Service weiter nutzen wollen. Studierenden, die ihre Mitgliedschaft beendet haben, steht es natürlich frei, jederzeit wieder Mitglied zu werden. Eine laufende Evaluierung soll eruieren, zu welchem Zeitpunkt und wie die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft vollständig umgesetzt werden kann.

Transparenz garantieren

Wir JUNOS fordern eine transparente ÖH, in der es jeder/m Studierenden ohne bürokratischen Aufwand möglich ist, alle Informationen über seine Vertretung zu erhalten. Das Einblicksrecht in die Finanzen der ÖH ist derzeit nur Mandatar_innen der ÖH-Organe vorbehalten: Die Studierenden, also die Zwangsmitglieder, haben kein Recht, sich über die Nutzung ihrer Beiträge zu informieren. Sie können nicht erkennen, ob ihr Geld gemäß ihren Vorstellungen verwendet wird. Deshalb fordern wir **das Einblicksrecht in alle Finanzen für alle Studierenden** (unter Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen). Jahresvoranschlag und Jahresabschluss der ÖH-Körperschaften, sowie Beteiligungen an GmbHs, Stiftungen und ähnlichem, wie auch die derzeitige Höhe von Rücklagen sollen online auf der Homepage des Wissenschaftsministeriums einsehbar sein. Sämtliche weitere Daten sollen mit Hilfe von Open Data der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Da sich derzeit viele ÖH-Exekutiven bei der Offenlegung ihrer Unterlagen auf die Amtsverschwiegenheit berufen, fordern wir die Informationsfreiheit für ihre Mitglieder.

Die wichtigsten Entscheidungen der ÖH werden meist in der Bundesvertretung oder den Hochschulvertretungen beschlossen. Daher fordern wir **verpflichtende Live-Übertragungen** dieser Sitzungen mittels Stream. Damit Anliegen der Studierenden in Sitzungen der Hochschulvertretung auch mehr Gehör verschafft wird, soll in Zukunft jeder/m Studierenden das Rederecht zustehen. Beschlussprotokolle von Sitzungen der ÖH-Organe sollen in Zukunft bereits verpflichtend sieben Tage nach einer Sitzung online auffindbar sein.

ÖH evaluieren

Gute Interessenvertretung ist nur möglich, wenn ihre Arbeit regelmäßig evaluiert wird. Deshalb fordern wir eine verpflichtende **jährliche Evaluierung der ÖH-Arbeit mit Hilfe von Online-Feedbackbögen** unter allen Studierenden. Die Ergebnisse dieser Evaluierung sollen der ÖH als Feedback dienen, genauer auf die Bedürfnisse ihrer Mitglieder einzugehen. Weiters müssen die Ergebnisse für alle Studierenden frei zugänglich online veröffentlicht werden.

Mitbestimmung stärken

Studierende, die nicht in der Studierendenvertretung tätig sind, haben keinerlei Möglichkeit, in die Geschehnisse der ÖH einzugreifen. Daher wollen wir Studierenden auch zwischen den Wahlen alle zwei Jahre Mitbestimmung ermöglichen. Auf jeder Hochschule sowie auf Bundesebene soll dafür eine **online Partizipations-Plattform** (z.B. *Liquid Feedback*) zur Verfügung gestellt werden. Auf dieser sind alle Studierenden stimmberechtigt, die ihren ÖH-Beitrag für das laufende Semester eingezahlt haben. Jede/r Studierende hat auf dieser Plattform das Recht, eigene Ideen einzubringen und die Ideen anderer zu bewerten. Positiv abgestimmte Ideen müssen von der Bundes- bzw. Hochschulvertretung behandelt werden. Die Ergebnisse sind für alle Studierenden zugänglich online zu veröffentlichen.

Da Studierende derzeit auch nicht mitentscheiden können, wofür die ÖH ihren Zwangsbeitrag ausgibt, wollen wir die Möglichkeit schaffen, **die Beiträge unkompliziert für Projekte zu widmen**. Dadurch können sich Studierende der gewissenhaften Nutzung ihres Beitrages sicher sein und so auch aktiv mitbestimmen, welchen Fokus die ÖH mit ihren Geldern setzt.

Um die studentische Mitbestimmung weiters zu stärken, sollen Studierende in Zukunft leichter eine **Urabstimmung** einfordern können. Dies soll durch Unterschriften von 5% der Wahlberechtigten des jeweiligen Organs möglich sein. Jedenfalls bedarf es aber der Unterschrift von zumindest 15 Wahlberechtigten, um Missbrauch vorzubeugen. In Zukunft soll die Aufhebung dieser Abstimmung nur noch durch eine erneute Urabstimmung und nicht mehr durch eine Zweidrittelmehrheit des zuständigen Organs, wie der Bundes- oder der Hochschulvertretung, möglich sein. Die Durchführung einer Urabstimmung soll in ÖH-Organen in Zukunft bereits durch eine einfache Mehrheit statt einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden können.

Postenschacherei beenden

ÖH-Arbeit geschieht zu einem großen Teil in Referaten. Diese werden meist mit Personen der Exekutiv-Fraktionen besetzt. Wir JUNOS sind allerdings der Meinung, dass Funktionen primär aufgrund von Kompetenzen, nicht Fraktionszugehörigkeit vergeben werden sollen. Daher sollen in Zukunft alle durch Aufwandsentschädigung bezahlten Posten durch **ein klares Aufgabenprofil definiert und öffentlich ausgeschrieben werden**. Alle Bewerbungen für eine Funktion sollen mindestens zwei Wochen vor dem öffentlichen Hearing für alle Studierenden online einsehbar sein. Zusätzlich soll am Ende jedes Semesters evaluiert werden, ob das Aufgabenprofil erfüllt wurde. Da es sich bei Aufwandsentschädigungen um Gelder der Studierenden handelt, wollen wir weiters, dass eine öffentliche Datenbank eingerichtet wird, in der öffentlich ersichtlich ist, wieviel Aufwandsentschädigung Funktionär_innen erhalten.

Verschwendung verhindern

Wir JUNOS sind der Meinung, dass Mitgliedsbeiträge der Studierenden stets mit größter Sorgfalt zu verwenden sind. Viele der derzeitigen ÖH-Exekutiven betreiben jedoch Misswirtschaft mit diesen Beiträgen, indem sie z.B. immense Rücklagen aufbauen und diese auf Sparkonten durch die Inflation entwerten lassen, anstatt sie für ihre Mitglieder zu verwenden. Wir JUNOS wollen, dass Studierende selbst durch eine **Abstimmung über die Verwendung von mindestens einem Drittel des ÖH-Budgets** entscheiden können.

ÖH digitalisieren

Die bundesweite Österreichische Hochschüler_innenschaft sowie ihre lokalen Körperschaften verschwenden jährlich durch den Druck von Zeitschriften, Flyern und Broschüren eine Unsumme an Geld und Papier. Eine moderne Hochschüler_innenschaft im Zeitalter von Smartphones, Tablets und

Notebooks muss der Umwelt zuliebe nachhaltig agieren. Daher wollen wir, dass die ÖH in Zukunft Papier und Geld einspart und ihre **Informationen den Studierenden digital zur Verfügung stellt**. Dies wird zu Einsparungen von bis zu einer Million Euro führen, welche in Service für die Studierenden oder die Sozialtöpfe der ÖH fließen könnte.

STUDENTISCHES LEBEN

Hochschulen sind ein Ort, an dem Studierende nicht nur fachspezifisches Wissen erlernen, sondern auch neue Bekanntschaften schließen, soziale Kompetenzen erlernen und ihren Horizont erweitern. Wir JUNOS sehen es als Aufgabe der ÖH, diese Möglichkeiten aktiv zu unterstützen und zu fördern, denn sie sind ein unverzichtbarer Bestandteil eines gelungenen Studiums. Die ÖH soll sich nicht bloß um den Studienerfolg, sondern auch um die Chancen auf Persönlichkeitsentwicklung der Studierenden kümmern.

Auch das generelle Wohlbefinden am Campus einer Hochschule ist uns ein Anliegen, da dadurch eine langfristige Verbundenheit mit der Institution vor Ort geschaffen wird, von der alle Beteiligten später in Form einer lebendigen Alumni-Gemeinschaft profitieren.

Barrierefreiheit garantieren

Es ist die Aufgabe jeder Hochschule, den **gleichberechtigten und gleichwertigen Zugang** zu allen Angeboten für Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung zu gewährleisten. Alle Studierenden müssen die Ressourcen bereitgestellt bekommen, um selbstbestimmt und erfolgreich zu studieren. Jede Hochschule muss zu diesem Zweck Maßnahmen hinsichtlich des barrierefreien Bauens, Anpassung von Prüfungsmodalitäten und bedarfsorientierter Bereitstellung von Ressourcen wie etwa Tonbandaufnahmen, Blindenleseplätze oder Gebärdensprachdolmetscher_innen ergreifen.

Wohnen leistbar machen

Studierende verwenden im Durchschnitt mehr als ein Drittel ihres monatlichen Budgets für die Deckung ihrer Wohnkosten. Um ihnen zu helfen, diese finanzielle Belastung zu schultern, sind sowohl die ÖH als auch insbesondere die Gemeinden, Länder und die Bundesregierung gefragt. Durch die Novellierung des Studentenheimgesetzes im Oktober 2018 wurden einige wichtige Schritte in Richtung Rechtssicherheit und Flexibilität für die Bewohner_innen von Studentenheimen gesetzt. Des Weiteren bedarf es einer Vereinheitlichung und Erhöhung der Wohnbeihilfe für Studierende und eines Ausbaus der gemeinnützigen Heimplätze in Studierendenheimen. Zudem sollen Gemeindewohnungen, beispielsweise Wiener Wohnen, für Wohngemeinschaften von Studierenden geöffnet werden. Neben der Verhandlung von gerechten Bedingungen in Wohnheimen sehen wir es außerdem als Aufgabe der ÖH, Studierende über kostengünstige Wohnalternativen (z.B. generationenübergreifendes Wohnen) zu informieren und bei etwaigen Problemen rechtlich zu beraten.

Studentische Initiativen stärken

Es ist keine Seltenheit, dass eine Gruppe von Studierenden mit denselben Interessen einen Klub oder eine Initiative gründet. Wir JUNOS befürworten solche Initiativen, da sie Studierenden die **Möglichkeit zur Weiterbildung und Weiterentwicklung** bieten. Daher sehen wir es als Aufgabe der Hochschulen wie auch der ÖH, ebensolche Initiativen zu unterstützen. Dies kann beispielsweise durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten geschehen.

Viele der zu unterstützenden Initiativen, etwa Sportklubs, bieten Gelegenheit für hochschulübergreifende Events. Solche Events haben eine positive Auswirkung auf das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb einer Hochschule sowie auf die Vernetzung mehrerer Standorte. Wir visieren eine Entwicklung gemäß dem Vorbild des angloamerikanischen Raumes an, wo an den einzelnen Hochschulen Aktivitäten von Sportarten bis hin zu Debattierclubs organisiert

werden, die anschließend nationale Wettbewerbe gegeneinander austragen können. Die konkrete Abwicklung obliegt natürlich vorrangig den Hochschulvertretungen. Aufgabe der Bundesvertretung ist es jedoch, Vernetzungsarbeit zwischen den Hochschulen zu leisten und damit einen Mehrwert für alle Studierenden in Österreich zu schaffen.

Bibliotheksöffnungszeiten verlängern

Es ist mittlerweile Standard internationaler Top-Universitäten, dass sie Studierenden die Möglichkeit eröffnen, genau dann zu lernen, wann diese es für sich am besten bzw. sinnvollsten erachten. Vor diesem Hintergrund sind die teils sehr mager ausgebauten Öffnungszeiten öffentlicher Hochschulbibliotheken ein inakzeptabler Zustand, der weit von den Standards entfernt ist, an denen sich unsere Hochschulen orientieren sollten. Wir JUNOS sehen **24-Stunden-Bibliotheken** das ganze Jahr hindurch als endgültiges Ziel, der dringendste Handlungsbedarf besteht jedoch hinsichtlich der Öffnungszeiten unmittelbar vor Prüfungswochen.

Studentische Mobilität erhöhen

In den letzten Jahren entwickelten sich besonders die Kosten für öffentliche Mobilität für Studierende zu einer zusätzlichen Belastung. Als bundesweite Interessenvertretung aller Studierenden sehen wir JUNOS hier die ÖH in der Pflicht, sich für einen **kostengünstigen, österreichweiten, öffentlichen Verkehr für Studierende** einzusetzen.

Preiswerte und qualitative Mensen garantieren

Mensen versorgen Studierende mit günstigen Mahlzeiten, die ohne große Unterbrechung des Studien- und Lernalltags zu sich genommen werden können. Allerdings ist darauf zu achten, dass Mensen ihrer privilegierten Stellung am Campusgelände auch gerecht werden und **nicht nur billige, sondern auch abwechslungsreiche sowie gesunde Kost** anbieten. Die Mensen GmbH ist Eigentum der Republik Österreich bzw. des Wissenschaftsministeriums, weshalb es Aufgabe der Bundesvertretung ist, sich gegenüber ihren Verhandlungspartnern für verbesserte Leistungen einzusetzen.

Zurzeit ist die Mensenförderung für eine günstige Mahlzeit nur direkt in der örtlichen Mensa nutzbar. Wir fordern, diese auch bei umliegenden Gastronomieunternehmen nahe den jeweiligen Hochschulstandorten nutzbar zu machen, sodass Studierende ein größeres Angebot zu einem vergünstigten Preis in Anspruch nehmen können.

INTERNATIONALES

Hochschulen des 21. Jahrhunderts dürfen nicht national isoliert sein. In Zeiten, in denen national-isolationistische Bewegungen in Europa an Bedeutung gewinnen, stehen wir JUNOS umso entschlossener für die Freiheit der Wissenschaft und der Lehre ein. Wir sind davon überzeugt, dass Abbau von Grenzen und die Offenheit gegenüber Neuem essentiell für das Florieren des Wissenschaftsstandortes Österreich ist. Wir wollen die besten Ideen und Köpfe, egal woher sie kommen!

Mobilitätsprogramme forcieren

Der Erwerb von internationaler Erfahrung trägt viel zur Persönlichkeitsentwicklung und der fachlichen Kompetenz von Studierenden bei. Auch wenn viele Studierende am Anfang ihres Studiums ein Auslandssemester anstreben, scheitert das Vorhaben oft aufgrund von Zeitmangel oder mangelnder Anrechnungsmöglichkeit für die im Ausland absolvierten Lehrveranstaltungen. Hochschulen sind daher angehalten, in den Curricula Zeit und Raum für Auslandssemester zu schaffen. Dies kann beispielsweise in Form von **curricularen Mobilitätsfenstern** geschehen, in denen die Absolvierung von Wahlfächern vorgesehen ist. Studierende haben dadurch nicht mehr den Aufwand, Pflichtfach-Äquivalente an der Partneruniversität suchen zu müssen, und versäumen keine wichtigen Bestandteile des heimischen Curriculums aufgrund des Auslandsaufenthaltes.

Die Teilnahme an Mobilitätsprogrammen soll flächendeckend für Bachelor-, Master- und Doktoratsstudien gesteigert werden. Mobilitätsprogramme für Lehrende wie ERASMUS Teaching Mobility sollen ebenfalls intensiver genutzt werden, um über den internationalen Austausch einen Mehrwert für Lehre und Forschung zu erzielen.

ERASMUS-Studierende an österreichischen Hochschulen sollen verlässlich in die Gemeinschaft eingegliedert werden. Wie im anglosächsischen Raum üblich sollte es an jeder österreichischen Hochschule, die an ERASMUS teilnimmt, Einführungswochen und regelmäßige Freizeit- und Orientierungsangebote geben. Hochschulen sollten sich die **Vernetzung von Austausch- und heimischen Studierenden** zum Ziel setzen, da alle Beteiligten von dem sprachlichen und kulturellen Austausch profitieren.

Europäischen Studierendenausweis einführen

Um Mobilität zu vereinfachen, soll außerdem ein europäischer Studierendenausweis geschaffen werden, der digital und verschlüsselt Studierendendaten abspeichert. Durch diese zentrale Erfassung kann einerseits der Verwaltungsaufwand für Hochschulen gesenkt werden. Andererseits kann der Studierendenausweis auch zum digitalen Transfer von Studieninformationen dienen. Dafür ist eine **digitale europäische Plattform** erforderlich, mithilfe derer die Daten abgespeichert werden können. Es soll den Studierenden freistehen, ob sie einen europäischen Studierendenausweis beantragen und, wenn sie dies tun, welche Daten sie preisgeben wollen. Die Daten sind jedenfalls nach modernen Standards zu verschlüsseln.

Europaweite Datenbank aller Studiengänge errichten

Vielen Studienanfänger_innen ist nicht bewusst, dass es zahlreiche Möglichkeiten gibt, ein Studium im Ausland zu absolvieren. Damit sich jede/r über Studienbedingungen und -angebote im Ausland informieren kann, fordern wir JUNOS **eine EU-weite Datenbank, die Auskunft über Studiengänge, Kosten und Aufnahmeverfahren bietet**. Die Datenbank soll von der EU-Kommission eingerichtet und

von den Mitgliedsstaaten vervollständigt und aktualisiert werden. Kooperationen mit Nicht-EU-Staaten sind ebenfalls anzustreben.

Fremdsprachen fördern

Viele Hochschulen bieten Fremdsprachenkurse an, jedoch beinhalten wenige Studiengänge Fremdsprachenerwerb als Teil des Curriculums. Hochschulabsolvent_innen des 21. Jahrhunderts steht jedoch nicht bloß der deutschsprachige Arbeitsmarkt zur Verfügung: In Zeiten der zunehmenden Globalisierung sind Fremdsprachenkenntnisse für jeden Fachbereich relevant. Deshalb setzen wir JUNOS uns dafür ein, dass in der curricularen Gestaltung vermehrt auf Fremdsprachenkenntnisse geachtet wird – in Form von **Lehrveranstaltungen in Fremdsprachen und Sprachkursen**. Absolvierte Kurse an Fremdsprachinstituten sollten unkompliziert als freie Wahlfächer anrechenbar sein.

Fremdsprachentests vereinheitlichen

Um sich für Austauschprogramme oder Studiengänge außerhalb Österreichs zu bewerben, ist oft ein Sprachnachweis notwendig. Für die Weltsprache Englisch hat sich hierfür ein unübersichtliches System entwickelt, das für viele Studierende einen finanziellen Nachteil mit sich bringt: Viele Hochschulen akzeptieren nur bestimmte Englischzertifikate, weshalb Bewerber_innen, trotz nachgewiesenen Sprachlevels durch ein anderes Institut, einen weiteren Einstufungstest bezahlen und absolvieren müssen. Allein bei einer zeitgleichen Bewerbung für zwei Hochschulen müssen manche Bewerber_innen für zwei an sich gleichwertige Tests aufkommen. Wir fordern deshalb, dass **Fremdsprachenzertifikate zur Aufnahme an Hochschulen harmonisiert werden**. Die EU-Kommission soll zu diesem Zweck eine Plattform zur Vernetzung der Hochschulen im Sinne einer europäischen Hochschulkonferenz schaffen, damit diese eine Liste mehrerer gleichwertiger Spracheinstufungstests erarbeitet, welche von allen Hochschulen innerhalb der EU anerkannt werden sollen.

Rot-Weiß-Rot-Karte reformieren

Mit Hilfe der Rot-Weiß-Rot-Karte sollten Fach- und Spitzenkräfte nach Österreich geholt werden und Studierenden aus dem Ausland, die in Österreich eine Hochschulbildung genossen haben, eine Möglichkeit gegeben werden, weiterhin im Land zu bleiben. Dennoch bleibt nur jede/r fünfte Absolvent_in aus einem Drittstaatenland in Österreich, da die **Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung zu restriktiv** sind. Da Studierende aus Drittstaaten größtenteils auf Kosten der österreichischen Steuerzahler_innen ausgebildet wurden, entsteht so ein volkswirtschaftlicher Schaden. Um mehr Nicht-EU-Studierende in Österreich zu halten, ist daher eine grundlegende Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte notwendig. Hierfür muss der Abschluss eines Bachelorstudiums anerkannt werden, die Frist zur Arbeitssuche von sechs auf 12 Monate ausgedehnt werden, eine flexiblere Berechnung der Einkommensgrenze verwendet werden und ein Abbau des Bürokratieaufwandes stattfinden.

Bürokratie für Drittstaatenangehörige abbauen

Studierende aus Drittstaaten, die in Österreich um eine Aufenthaltsbewilligung ansuchen, um hier studieren zu können, müssen eine Sicherung ihres Lebensunterhaltes nachweisen können. Vor dem 24. Lebensjahr liegt dieser Betrag bei 502,24€ monatlich; ab dem 24. Lebensjahr findet eine Erhöhung auf 909,42€ monatlich statt. Da wir JUNOS der Meinung sind, dass sich der Lebensstandard einer/s Studierenden nicht von einem auf das nächste Jahr verdoppelt, fordern wir, dass sich **die Betragshöhe nicht ändert**.

Die besten Lehrkräfte an österreichische Schulen holen

Trotz des Umstieges auf das Bologna-System ist die Anrechenbarkeit eines Lehramtsstudiums europaweit keineswegs homogenisiert. So können österreichische Lehramtsabsolvent_innen problemlos in vielen anderen EU-Ländern unterrichten, für Lehrpersonen aus dem Ausland ist es jedoch oft fast unmöglich, an einer österreichischen Schule zu unterrichten. Wir JUNOS sind überzeugt, dass österreichische Schüler_innen von internationalen Lehrkräften enorm profitieren könnten, deshalb fordern wir die **Einrichtung eines zweisemestrigen Hochschullehrganges**, der Lehrer_innen aus dem Ausland berechtigt, sich wie alle heimischen Lehramtsabsolvent_innen an österreichischen Schulen zu bewerben.

Joint-Study-Programmes und Individualstudien ausbauen

In den meisten Fachgebieten ist es von Vorteil, an verschiedenen Forschungsstandorten Erfahrung zu sammeln. Diese Möglichkeit bieten einerseits sogenannte *Joint-Study-Programmes*, die es Studierenden erlauben, in der Regelstudiendauer eines Studiums den Abschluss an mehreren Institutionen zu erwerben. Andererseits existiert die Möglichkeit, ein Individualstudium zu absolvieren, also seinen Studienplan eigenständig zu erstellen. Wir JUNOS begrüßen Entwicklungen in Richtung **Flexibilisierung und Eigenständigkeit** der Studierenden. Wir sehen den Mehrwert an Erfahrung für die Studierenden und die **Kooperationen zwischen den Hochschulen** als große Chance für den Wissenschaftsstandort Österreich. Daher fordern wir, Individualstudien fächer-, hochschul- und länderübergreifend möglich zu machen, und *Joint-Study-Programmes* auszubauen.

VIELFALT IM HOCHSCHULSEKTOR

Wir JUNOS sind davon überzeugt, dass unterschiedlichste Hochschultypen nicht nur ihre Berechtigung im tertiären Bildungssektor haben, sondern diesen auch aufgrund ihrer unterschiedlichen Ausrichtungen bereichern. Punktuelle Zusammenarbeit und freier Wettbewerb sind hierbei die entscheidenden Faktoren für langfristigen Erfolg.

In den letzten Jahren zeichnete sich ein Trend ab, wodurch Universitäten den Fachhochschulen durch ein „verschultes System“ immer ähnlicher wurden, aber auch umgekehrt Fachhochschulen sich im Bereich der Forschung verstärkt an den Universitäten orientierten. Diese Entwicklung ist sicherlich auch dadurch bedingt, dass in Österreich kein zentraler Hochschulplan existiert, der die strategische Richtung des Hochschulsektors definiert. Hier fordern wir das Ministerium dazu auf, einen Plan unter größtmöglicher Einbindung von relevanten Interessensgruppen auszuarbeiten, anhand dessen die zukünftige Entwicklung des gesamten Hochschulbereichs abgeleitet werden kann.

In diesem ist insbesondere auf die Bündelung und Konzentration infrastruktureller Ressourcen sowie auf einen langfristig sinnvollen Fächerabgleich unter Wettbewerbsbedingungen zu achten. Die Autonomie und Freiheit der Hochschulen sind dabei jedenfalls in den Mittelpunkt zu stellen und Ausgangspunkt jeglicher Überlegungen. In den zukünftigen Leistungsvereinbarungen sind die entsprechenden Anreize zu setzen obige Entwicklungen zu unterstützen und freiwillige Zusammenarbeit zu belohnen.

FACHHOCHSCHULEN

In den letzten 25 Jahren haben sich Fachhochschulen in Österreich als essentielle Bildungseinrichtungen im Hochschulsektor etabliert. Sie bieten Studierenden die Möglichkeit, eine berufsbezogene und praxisorientierte Ausbildung auf wissenschaftlicher Basis, oftmals auch in Form eines berufsbegleitenden Studiums, zu erlangen. Maßgeblich für den Erfolg der FHs und ihren stetig wachsenden Zustrom an Interessent_innen sind unter anderem auch die kurze Studiendauer und die Ausbildungsverträge, die das Verhältnis zwischen den Studierenden und der Institution regeln.

Wir JUNOS befürworten die differenzierte und autonome Hochschule im Allgemeinen und im Fachhochschulsektor im Speziellen. Fachhochschulen können in vielen Punkten als Vorbild für den gesamten Hochschulsektor dienen – als Beispiel seien die Ausbildungsverträge genannt, die Studierende zu Kund_innen anstatt Bittsteller_innen machen. Dennoch gibt es auch im Fachhochschulsektor Verbesserungsmöglichkeiten. Verschiedene Problemstellungen bedürfen zeitgemäßer und flexibler Lösungen, sodass schlankere und wendigere Studienschritte an den FHs möglich werden, die den Bedürfnissen der Studierenden ebenso wie des sich verändernden Arbeitsmarktes gerecht werden.

Fachhochschulen ausbauen

Fachhochschulstudierende absolvieren ihr Studium in der Regel schneller als Universitätsstudierende und finden nach dem Abschluss auch schneller einen Job. Seit dem Start der ersten FH-Studiengänge im Studienjahr 1994/95 ist die Anzahl der Studierenden an Fachhochschulen jährlich gewachsen – im Jahr 2018 auf 55.892. Jedes Jahr müssen viele Bewerber_innen um Studienplätze an Fachhochschulen abgelehnt werden. Wir JUNOS fordern daher den **Ausbau von Studienplätzen** in bestehenden Studiengängen sowie das **Konzipieren neuer FH-Studiengänge**, um dieser steigenden Nachfrage gerecht zu werden.

Festlegung von Mindeststandards für Ausbildungsverträge

Bisher gibt es keine klare inhaltliche Regelung für Ausbildungsverträge, da die Gestaltung in der Privatautonomie der Fachhochschulen und der Studierenden liegt. Daher gleicht kaum ein Ausbildungsvertrag dem anderen, es ergeben sich rechtliche Unsicherheiten und der Wechsel von einer Fachhochschule zu einer anderen Fachhochschule wird unnötig verkompliziert. Wir JUNOS fordern deswegen **verpflichtende Mindestangaben in jedem Ausbildungsvertrag**, welche im FH-Studiengesetz (FHStG) festzuhalten sind. Dies trägt sowohl zu einer besseren rechtlichen Absicherung der Studierenden, als auch zu mehr Überschaubarkeit und erhöhter Flexibilität der FHs und der Studierenden bei. Die Einigung auf diese Mindeststandards soll in einem geordneten Prozess unter Einbindung aller Fachhochschulen, der Vorsitzendenkonferenz der Fachhochschulvertretungen und etwaiger standortspezifischer Stakeholder stattfinden.

Aufnahmeverfahren harmonisieren

Die Fristen zur Bewerbung und Bezahlung des Studienbeitrags können viele Probleme für Studienanfänger_innen mit sich bringen. Etwa muss der erste Studienbeitrag oft bereits sehr rasch nach der positiven Absolvierung des Aufnahmeverfahrens bezahlt werden. Das Nichteinbezahlen kann wieder zum Verlust des Studienplatzes führen, welcher in einem oft aufwändigen Aufnahmeverfahren erworben wurde. Wenn sich Studierende jedoch an zwei FHs bewerben und die Bewerbungsfrist der zweiten FH außerhalb des Zahlungszeitraumes der ersten liegt, besteht das Risiko, dass sie **sowohl den zugesagten Studienplatz der ersten FH verlieren, als auch die Aufnahmeprüfung bei der zweiten FH nicht schaffen**. Wir JUNOS fordern daher eine Harmonisierung dieser Fristen.

Studienjahrwiederholungen

Entscheidungen über die Genehmigung von Studienjahrwiederholungen an Fachhochschulen hängen von einer einzigen Person – der/m Studiengangsleiter_in – ab. Dieses System führt zu einer **Willkür, der entgegenwirkt werden muss**. Im Falle einer Ablehnung seitens der Studiengangsleitung ist die Entscheidung über die Genehmigung der Studienjahrwiederholung im Kollegium zu überprüfen. Hier können Studierendenvertreter_innen ihre Sichtweise einbringen. Außerdem fordern wir die **Einrichtung bzw. Aufwertung von Beschwerdeausschüssen**, in denen es ein Gleichgewicht zwischen Studienvertreter_innen, Lehrenden und Studiengangsleitung gibt.

Einheitliches Evaluierungskonzept der Lehre zur Qualitätssicherung

Evaluierungen von Lehrpersonen und Lehrveranstaltungen durch Studierende bilden die **Basis der Qualitätssicherung**. Daher werden sie im Normalfall auch an den meisten FHs durchgeführt. Die Durchführung der Evaluierungen ist jedoch nicht einheitlich – weder in den einzelnen Studiengängen noch fachhochschulübergreifend. Dadurch verlieren die Evaluierungen an Aussagekraft – unter anderem auch, weil die Rücklaufquoten unter Studierenden äußerst gering sind. Wir JUNOS fordern daher ein einheitliches Evaluierungskonzept an den Fachhochschulen. Als Vorbild zur **Steigerung der Teilnahme** dient zum Beispiel das Modell der FH Campus 02: Den Studierenden sollen in der letzten Lehrveranstaltung des Semesters 15 Minuten zur Verfügung gestellt werden, um die Evaluierungen auszufüllen.

Internationalität und Auslandssemester

Die internationale Vernetzung ist für Hochschulen des 21. Jahrhunderts unerlässlich. Während Universitätsstudierende kaum Probleme haben, Partneruniversitäten und inhaltlich entsprechende Kurse im Ausland zu finden, sind FH-Studierende aufgrund der hohen Spezifikation ihres Studiums oft

mit Schwierigkeiten bei der Planung eines Auslandssemesters konfrontiert. Vor allem wirtschaftlich orientierte FHs haben in den letzten Jahren ihre Kontakte zu Hochschulen im Ausland intensiviert, um Studierenden die Möglichkeit einer Auslandserfahrung zu geben. Dies ist jedoch nicht an allen Fachhochschulen der Fall, weshalb viele Studierende den **organisatorischen Aufwand alleine tragen** und oft studientechnische Nachteile in Kauf nehmen müssen. Wir fordern daher ein curriculares und organisatorisches Umdenken an allen FHs: Alle Studierenden sollen die Möglichkeit haben, im Rahmen ihres Studiums ins Ausland zu gehen, **ohne dass dies ihrem Studienfortschritt schadet**. Studienanfänger_innen sollen zu Beginn ihres Studiums über Angebote und Planungsmöglichkeiten informiert werden.

Ausbau von Wahlfächern zur inhaltlichen Weiterbildung

Fachhochschulen bieten ihren Studierenden oft wenig Flexibilität in der Auswahl von Lehrveranstaltungen. Die klare Struktur hat Vorteile und ist Grundbestandteil des FH-Konzeptes, dennoch können Studierenden durch eine **Erweiterung der curricularen Wahlfreiheit** wichtige Weiterbildungsmöglichkeiten geboten werden. Wir JUNOS fordern daher die Schaffung von Wahlfächern an Fachhochschulen.

Mehr Mitbestimmung im Kollegium

Das FH-Kollegium ist das höchste akademische Gremium jeder einzelnen Fachhochschule. Laut FHStG ist das Kollegium für die Durchführung und Organisation des Lehr- und Prüfungsbetriebes zuständig und tritt mindestens zweimal jährlich zusammen. Das Kollegium setzt sich aus dem/der Leiter_in des Kollegiums, ihrem/ihrer Stellvertreter_in, sechs Leiter_innen der eingerichteten Fachhochschulstudiengänge, sechs Vertreter_innen des Lehr- und Forschungspersonals, aber nur vier Vertreter_innen der Studierenden zusammen. Obwohl die Studierenden die größte Stakeholdergruppe darstellen, ist ihre Kurie unterrepräsentiert. Daher fordern wir JUNOS die relative **Aufstockung der Studierendenvertreter_innen** auf die gleiche Anzahl an Vertreter_innen wie aus den Bereichen Studiengangsleitung und Lektor_innenvertretung.

Durchlässigkeit zwischen Unis und FHs auf Masterebene

Wie im Fall der PhDs kann es Fachhochschulstudierenden oft passieren, dass ihnen der Wechsel von der FH auf die Uni, vor allem im Masterbereich, erschwert wird. Obwohl Fachhochschulen meist darauf bedacht sind, ihre Curricula so zu gestalten, dass Leistungs- und Arbeitsaufwand jenen der Universitäten entsprechen, ist die Durchlässigkeit von FHs zu Unis nicht zufriedenstellend gewährleistet. Wir JUNOS fordern daher die **vollkommene Gleichberechtigung von FH-Studierenden** bei der Bewerbung um ein universitäres Masterstudium.

Schnellere Akkreditierung neuer Studiengänge

Fachhochschulen besitzen die Freiheit, neue, auf die Studierenden zugeschnittene und innovative Studiengänge zu schaffen. Diese prinzipielle Flexibilität ist sehr zu begrüßen, sie stößt jedoch in der Praxis oft auf Hindernisse. Denn die Akkreditierung neuer Studiengänge durch die Agentur für Qualitätssicherung **dauert oft mehrere Semester**. Diese lange Wartezeit ist insbesondere hinsichtlich des Innovationsanspruchs der neuen Studiengänge kontraproduktiv. Fachhochschulen behelfen sich als Reaktion darauf mit der Schaffung von postgradualen Lehrgängen mit Masterabschluss, die Berufserfahrung voraussetzen und für die meisten Studierenden finanziell untragbar sind. Wir JUNOS fordern daher eine schnellere Akkreditierung neuer Studiengänge.

Ausbau der Kooperation im Bereich PhD-Programme

Fachhochschulabsolvent_innen müssen oft hart um PhD-Plätze an heimischen Universitäten kämpfen und erfahren dabei teilweise auch Diskriminierung gegenüber Universitätsabsolvent_innen. Um jenen Fachhochschulstudierenden, welche die nötigen Qualifikationen aufweisen, dieselben Chancen auf einen PhD-Platz zu gewährleisten, fordern wir einen **Ausbau der Kooperation von Fachhochschulen und Universitäten**. Speziell die Universitäten- und Fachhochschulkonferenzen sind dazu angehalten, in einen engeren Austausch zu treten.

Da wir uns für eine Rückbesinnung auf die Kernkompetenzen der Hochschultypen aussprechen, sehen wir JUNOS PhD-Programme weiterhin überwiegend im Universitätssektor angesiedelt. Jedoch hat sich im Laufe der Zeit der Bildungsmarkt verändert und signifikant weiterentwickelt: Einige Fachhochschulen bieten jetzt schon das Niveau und die nötige Kompetenz an, um PhD-Programme in Kooperation mit Universitäten erfolgreich durchzuführen. Ebenso wie bei der Forschung sprechen wir uns gegen eine generelle Ablehnung von PhDs an Fachhochschulen aus. Primär sind für uns die **Qualität des Programms und die private Finanzierung** entscheidend.

Als Vorbild hierfür gelten die bereits existenten Joint-PhDs, eine Kooperation einer heimischen Fachhochschule mit einer ausländischen Universität. Dies wird zum Beispiel auf der FH Burgenland mit den Universitäten Bratislava, Pula und Sopron im Bereich International Economic Relations and Management angeboten. Joint-PhD-Programme sind eine Bereicherung für den gesamten Hochschulsektor und unter Studierenden sehr nachgefragt. Leider erfüllen jedoch noch nicht alle Joint-PhD-Programme die nötigen Anforderungen und heimischen Standards, um den Studierenden die Möglichkeit zu bieten, später am österreichischen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Daher fordern wir JUNOS den **quantitativen und qualitativen Ausbau solcher Joint-PhD-Programme**. Die entsprechenden Anreize sollen im Rahmen der nächsten Leistungsvereinbarungen zwischen Ministerium und Hochschulen weiter forciert werden.

Transparenz in der Finanzierung

Die Finanzierung von Fachhochschulen erfolgt von Seiten des Bundes über die sogenannte Studienplatzfinanzierung, bei der es für eine festgelegte Zahl an Studienplätzen eine fixe Summe pro Studierender/m gibt. Zusätzlich dazu beziehen die FHs noch Gelder von Ländern, Gemeinden und privatwirtschaftlichen Investor_innen. Es gibt jedoch kaum nachvollziehbare Daten und Kennzahlen über die budgetäre Lage der Fachhochschulen. Daher ist es aus Bundessicht nicht möglich festzustellen, wie viel ein Studienplatz an einer Fachhochschule gegenüber einem Studienplatz an einer öffentlichen Universität kostet. Wir JUNOS fordern deswegen eine **nachvollziehbare und für jeden einsehbare Finanzierung von Fachhochschulen, um die Mittelvergabe effizient gestalten zu können**. Die Vergabe von öffentlichen Mitteln hat transparent, nach klar definierten und nachvollziehbaren Kriterien zu erfolgen.

Autonomie in der Forschung

Forschung und Wissenschaft stellen für uns Triebfedern des Wohlstands und Fortschritts dar. Um die Ressourcen und Stärken des tertiären Bildungssektors effizient zu nutzen, fordern wir JUNOS eine Vertiefung im Bereich Grundlagenforschung an den Universitäten und eine Spezialisierung in praktischer Berufsausbildung an den Fachhochschulen. Dementsprechend sollen öffentliche Mittel zum Forschungsbetrieb primär an den Universitäten eingesetzt werden. Jedoch haben einige Fachhochschulen sich bereits in bestimmten Bereichen als Forschungsstätten etabliert und leisten dort wichtige Beiträge. Hier soll die staatliche Unterstützung selbstverständlich weiter bestehen. Wir sprechen uns in diesem Sinne für eine grundsätzlich **privatwirtschaftlich motivierte und finanzierte Forschung an Fachhochschulen** aus. Hierbei entscheiden Fachhochschulen über ihre Forschung

selbst und erhalten lediglich in Ausnahmefällen finanzielle Mittel von staatlicher Seite, wodurch ihre ökonomische Autonomie bestehen bleibt.

Effiziente Kompetenzverteilung zwischen FHs und Universitäten

Die derzeitige Kompetenzverteilung zwischen Fachhochschulen und Universitäten ist ineffektiv und ineffizient. Viele Studierende wünschen sich mehr Praxisnähe, wie sie an FHs gegeben ist, etliche Studienrichtungen werden jedoch nur an Universitäten angeboten. Eine reformierte Kompetenzverteilung kann zu einer Auslagerung mancher Studiengänge von Universitäten an FHs führen. Dies darf den Hochschulen jedoch nicht durch Regelungen aufgezwungen werden, sondern muss **basierend auf dem Angebot an Studien und der Nachfrage für Studienplätze** in einer langfristigen Strategie für den gesamten Hochschulsektor festgehalten werden. Aufbauend auf diesem sollen in den künftigen Leistungsvereinbarungen mit Hochschulen entsprechende Effizienzanreize gesetzt werden, die jedoch weiterhin deren Autonomie gewährleisten.

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN

Das Vermitteln von Wissen an eine jüngere Generation gehört zu einem der anspruchsvollsten wie auch wichtigsten Berufe unserer Gesellschaft. Nur gut ausgebildete Lehrende sind auch in der Lage, ihr Wissen ansprechend weiterzugeben. Dafür müssen sie nicht nur über genug Wissen in ihrem Fach verfügen, sondern auch im Umgang mit Schüler_innen erprobt und erziehungswissenschaftlich geschult sein. Auf diese wichtigen Eigenschaften legen Pädagogische Hochschulen (PHs) einen besonderen Wert legen. Für ein modernes Lehramtsstudium fehlen heute jedoch viele Grundlagen. Die Ausbildung der kommenden Lehrer_innen-Jahrgänge hinkt den Möglichkeiten der Zeit hinterher.

PHs aufwerten

Die PHs sollen jeweils zu Fachhochschulen (Schools of Education) aufgewertet oder als Fakultät in die nächstgelegene Universität integriert werden und erlangen **volle Autonomie**, auch Personalautonomie. Die Kernkompetenz der neuen Fakultäten oder „Schools of Education“ besteht in der Vermittlung der pädagogischen und (fach-)didaktischen Kompetenzen der künftigen Lehrkraft und hat diese Felder auch in das Zentrum der eigenen Forschungsarbeit zu stellen. Im Zuge dessen muss die „Ausbildung der Ausbilder_innen“ verbessert werden. Lehrende haben dieselben Qualifikationskriterien zu erfüllen, wie dies an den Universitäten üblich ist, denn die eigene, wissenschaftlich nicht entsprechend reflektierte, Unterrichtserfahrung aus vergangenen Jahrzehnten reicht als einzige Grundlage für guten Unterricht nicht aus.

Lehramtsstudium mit Anspruch gestalten

Um den Studierenden ausreichend Erfahrungsmöglichkeiten zu bieten und sie besser auf ihre Tätigkeit vorzubereiten, soll die **berufspraktische Ausbildung mit zusätzlichen Ressourcen** ausgestattet werden. Das Lehramtsstudium soll außerdem den Anspruch erfüllen, Lehrer_innen zu Teamplayer_innen auszubilden. Die Lehramtsstudien sollen nach Altersstufen (Grundstufe, Mittelstufe, Oberstufe) gruppiert werden und durch einen modularen Aufbau ermöglichen, dass Lehrpersonen im Laufe ihres Berufslebens durch Fortbildung leicht von Stufe zu Stufe wechseln können. Für die Mittel- und Oberstufe sollen Flächenfächer (Naturwissenschaften, Humanwissenschaften, ...) die bisherige Kombinationspflicht zweier Einzelfächer ablösen, um in Zukunft die schulautonome Gestaltung von Studentafeln und fächerübergreifendem Unterricht zu erleichtern.

Anregungen und Anleitung zum **Professionalisierungsprozess** der Lehrer_innen sollen von den Lehrer_innenbildungsstätten (Unis, PHs) kommen. Diese müssen alle fünf Domänen der Professionalität von Lehrer_innen umfassen: Differenzfähigkeit (Umgang mit Unterschieden), Kooperation und Kollegialität (Lehrer_innen als Teamworker), Reflexions- und Diskursfähigkeit (Wissen und Können teilen), Professionsbewusstsein (sich als Expert_in wahrnehmen) und *Personal Mastery* (Könnerschaft im Einsatz vielfältiger Methoden).

Elementarpädagogik modernisieren

Die beliebten BAKIP-Kollegs für Quereinsteiger_innen werden (in Zusammenarbeit mit den Pädagogischen Hochschulen) **zu Bachelor-Studiengängen weiterentwickelt** und damit auch zukünftig eine zentrale Rolle in der Ausbildung des Fachpersonals (Elementarpädagog_innen) spielen. Diese Studiengänge sind sowohl in Vollzeit als auch berufsbegleitend zu führen und sollen einen Schwerpunkt auf die Bildungsarbeit in einem multikulturellen Umfeld legen.

Für die Ausbildung von **Führungskräften** (Leitungsfunktionen in Kinderkrippen und Kindergärten) werden außerdem Master-Studiengänge an den Pädagogischen Hochschulen eingerichtet, die berufsbegleitend absolviert werden können.

PRIVATUNIVERSITÄTEN

Österreichs Privatuniversitäten tragen seit Jahren einen wichtigen Teil zu einem diversen Hochschulsystem bei und erfreuen sich einer stetig steigenden Studierendenzahl. Die hohe Nachfrage zeigt, dass viele Studierende dazu bereit sind, einen Beitrag zu ihrem Studium zu leisten, wenn sie dafür eine qualitativ hochwertige Ausbildung erhalten und Service für die Studierenden im Vordergrund steht. Natürlich gibt es aber auch in diesem Sektor noch Verbesserungsbedarf.

Transparenz in der Finanzierung gewährleisten

Die Finanzierung von Privathochschulen erfolgt in Österreich hauptsächlich über Gelder von Ländern und Gemeinden. Nur wenige Hochschulen finanzieren sich tatsächlich privat. Es gibt jedoch trotzdem kaum gebündelte, nachvollziehbare Daten und Kennzahlen über die budgetäre Lage der Privathochschulen und anderer wichtiger Faktoren. Für den Bund bzw. das Wissenschaftsministerium ist es somit unmöglich, Privathochschulen in der jetzigen Form in einen zentralen Hochschulplan einzubeziehen. Wir JUNOS fordern daher eine **nachvollziehbare und einsichtige Finanzierung von Privathochschulen**. Die Vergabe von öffentlichen Mitteln hat transparent, nach klar definierten und nachvollziehbaren Kriterien zu erfolgen und ist verbindlich in die bundesweite Transparenzdatenbank einzutragen.

Privatunis in den zentralen Hochschulplan einbeziehen

Sofern in Zukunft ausreichende Transparenz gegenüber dem Bund gegeben ist, spricht vieles dafür, **Privathochschulen in den zu entwickelnden zentralen Hochschulplan einzubeziehen**. Die Vorteile wären eine verstärkte Kooperation und damit Effizienz unter den Hochschultypen sowie eine ganzheitliche und somit effektivere Planung des Wissenschaftsministeriums.

Echte Privatuniversitäten schaffen

Wir JUNOS glauben nicht, dass die jetzige Praxis der undurchsichtigen öffentlichen Finanzierung privater Universitäten durch Länder und Gemeinden einen Mehrwert für den Hochschulsektor erbringt. Vielmehr werden dadurch regionale Befindlichkeiten bedient bzw. kurzfristige politische Ziele verfolgt, ohne auf eine effiziente und langfristig sinnvolle Vergabe der Mittel zu achten. Auch untergräbt dies die Bundeskompetenz im Bereich der Wissenschaft und Forschung. Aus diesen Gründen sprechen wir uns dafür aus, dass Privatuniversitäten in Zukunft **zu mehr als 50% aus privaten Mitteln** finanziert werden sollen. Aus diesen Gründen sprechen wir uns dafür aus, dass Privatuniversitäten in Zukunft zu mehr als 50% aus privaten Mitteln finanziert werden sollen. Jede staatliche Unterstützung muss sich durch erbrachte Leistungen für die Allgemeinheit rechtfertigen.

